



Hurricane zieht auf Scheeßel zu

Stars wie Noel Gallagher, die Band Placebo, Jan Delay und die deutschen HipHopper Casper und Marteria locken vom 19. bis 21. Juni an die 70 000 Besucher in das beschauliche Scheeßel im Landkreis Rotenburg zum 19. Hurricane-Festival. FOTO: DPA

Berichte Seiten 20 und 21

CDU fordert Volksentscheid über Haushalt

Bremer Koalitionsverhandlungen: Opposition kritisiert Rot-Grün und legt eigenes Programm vor

VON CHRISTIAN WETH

Bremen. Carsten Sieling, Bremens designierter Bürgermeister, hat es sich so schön vorgestellt: Von einem Aufbruch war die Rede, als ihn die SPD als Nachfolger von Jens Böhrnsen vorstellte. Einen Ruck sollte es geben. Doch von dem kann bei den Koalitionsgesprächen keine Rede sein. Auch zur Halbzeit der Verhandlungen konnten sich SPD und Grüne bei entscheidenden Themen nicht einigen. Für die CDU ein unhaltbarer Zustand. Während Sozialdemokraten und Grüne stritten, stellte sie am Dienstag ein Positionspapier vor, wie die künftige Landesregierung mit Bremens größten Problemen umgehen müsste.

Die Einladung der CDU kam kurzfristig – am Vormittag für den Nachmittag. Fraktionschef Thomas Röwekamp bedauerte das, doch seine Partei müsse jetzt unbedingt loswerden, was sie schon seit Längerem störe: dass es nach jeder Verhandlungsrunde von SPD und Grünen nur Erklärungen, aber keine wirklichen Ergebnisse gebe, die Bremen voranbrächten.

Darum hat die CDU nach Röwekamps Worten etwas Ungewöhnliches gemacht:

ein eigenes Programm erarbeitet. Einen Leitfaden könnte man sagen, der nicht nur festlegt, welche Missstände ausgemerzt werden sollen, sondern auch wann. Röwekamp spricht von einer Liste, die Mindestansprüche stellt. Und davon, dass die CDU an ihr den Koalitionsvertrag messen wird. 14 Punkte umfasst das vierseitige Papier, Röwekamp und CDU-Landeschef Jörg Kastendiek stellten die wichtigsten vor.

Zu ihnen zählen beide vor allem die Finanzen. Den Bremer Haushalt dauerhaft zu sanieren, dürfe nicht wie bisher vorrangige Aufgabe einer Finanzsenatorin sein, sondern die des neuen Regierungschefs. Röwekamp fordert eine „Task Force zur Haushaltssanierung“, an deren Spitze der Bürgermeister steht: „Es muss sein persönlicher Anspruch sein, endlich Schluss zu machen mit der prekären Lage Bremens.“

Und weil die Finanzen alle betrifft, sollen nach dem Willen der CDU – wie bei anderen Themen auch – viele mitreden: Politiker, Unternehmer, Bürger. Damit hofft die CDU zu erreichen, was Rot-Grün bisher nicht geschafft habe: eine Aufbruchstimmung zu verbreiten. Über die Haushaltssanierung will die CDU einen Volksent-

scheid ansetzen. Einen Plan, wie sie gelingen könnte, erwartet Röwekamp von der neuen Arbeitsgruppe bis Mitte 2016.

Es ist nicht die einzige, die der CDU vorschwebt. Ginge es nach ihr, soll eine weitere Gruppe dafür sorgen, dass kaum noch Schulstunden ausfallen. „Unterrichtsgarantie“ soll sie heißen und im Leitungsstab der Behörde integriert werden. Als Kontrollinstanzen will CDU-Landeschef Kastendiek die Arbeitsgruppen nicht verstanden wissen. Er spricht lieber von einem Instrument der Hilfe. „Finanzen und Bildung sind nun

mal Bereiche mit großen Problemen.“ Andere sind aus Sicht der CDU Wirtschaft, Stadtentwicklung und Sicherheit. Sie fordert in ihrem Papier klare Haltungen von Rot-Grün zum Offshore-Terminal, zu einem Wohnungsbauprogramm, zur Personalausstattung der Polizei. „Und wenn es keine Bekenntnisse dafür gibt“, sagte Kastendiek, „dann sollen SPD und Grüne wenigstens sagen, dass sie dagegen sind.“

Damit konnten die Verhandlungspartner am Dienstagabend jedoch nicht dienen. Als SPD-Landeschef Dieter Reinken und sein grüner Amtskollege Ralph Saxe vor die Presse traten, erklärten sie vor allem, dass sich beide Parteien uneins sind: darüber, ob die Osterholzer Feldmark bebaut wird oder nicht – die SPD will, die Grünen wollen nicht. Oder darüber, ob die Zahl der Polizisten von 2535 auf 2600 aufgestockt (SPD) oder auf 2500 verringert (Grüne) wird. Ein klares Ergebnis gab es allerdings: Die Binnendüne in Blumenthal wird Naturschutzgebiet.



Im Wesentlichen uneins: die Parteichefs Ralph Saxe (links) und Dieter Reinken. FOTO: KOCH

Hören Sie die Verhandlungspartner zu den Koalitionsgesprächen – Scannen Sie das Bild, um das Video zu sehen.

Bremen verwirft Plan für Flüchtlinge

VON FRAUKE FISCHER

Bremen. Die geschlossene Unterbringung für straffällige junge Flüchtlinge wird es in Bremen vorerst nicht geben – zumindest nicht am geplanten Standort an der Justizvollzugsanstalt in Oslebshausen. Der Träger habe den Standort als ungeeignet abgelehnt, heißt es aus der Sozialbehörde. Dass aufwendige Umbauten und Veränderungen notwendig und damit hohe Kosten auf Bremen zukommen könnten, hatte sich nach mehreren Begehungen abgezeichnet. Nun empfehle die Trägergesellschaft Pädagogisch Therapeutische Jugendhilfe, den Standort aufzugeben. Die Sozialbehörde will dem folgen. Das Ressort weist darauf, dass es für weitere Schritte erst einen neuen Senatsbeschluss geben müsse. Der designierte Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) betont, dass er an einer geschlossenen Unterbringung festhalte.

Wohncontainer für Flüchtlingsfamilien werden seit Dienstag an der Bremer Scharnhorst-Kaserne angeliefert. Dort können voraussichtlich ab Herbst rund 200 Flüchtlinge unterkommen. Auch würden wegen der stark steigenden Zahl von Menschen, die vor Krieg und Krisen fliehen, weitere Standorte für Großzelte geprüft, sagte Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne). „Wir befinden uns in einer historisch einzigartigen Situation, wir müssen daher zunehmend auch schwierige oder unpopuläre Entscheidungen treffen.“ Bericht Seite 9

VERMISCHTES

Mount Everest menschenleer

7

Nach dem Himalaya-Erdbeben verließen viele Bergsteiger Nepal. Keiner erklimmte den Mount Everest. Nun wird von neuem debattiert, ob das Betreten des höchsten Bergs der Welt womöglich verboten wird.

BREMEN

Das 100-Millionen-Projekt

11

Der Möbelunternehmer Kurt Krieger will in Bremen weit mehr investieren, als bisher angenommen wurde. Sein Plan für ein neues Einrichtungszentrum ist 100 Millionen Euro teuer. Baustart soll im Jahr 2018 sein.

WIRTSCHAFT

Milchpreis unter Druck

17

Das Deutsche Milchkontor aus Bremen rechnet damit, dass das knappe Milchgeld für die Bauern weiter sinken könnte. Schuld seien die weltweit steigende Produktion und der russische Importstopp.

KULTUR

Harry Rowohlt ist tot

22

Er war ein Mann mit vielen Talenten: Der Verleger- und Übersetzer Harry Rowohlt hat übersetzt, vorgelesen, scharfsinnige und hoch-humorvolle Kolumnen geschrieben und ist in der „Lindenstraße“ als Penner aufgetreten. Wenige Monate nach seinem 70. Geburtstag ist er nun in seiner Heimatstadt Hamburg gestorben.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	23	Lesermeinung	5
Fernsehen	32	Rätsel & Roman	14
Immobilienmarkt	30	Tipps & Termine	12

Drei Jahre Haft für Tugçe-Schläger

Darmstadt. Für seinen verhängnisvollen Schlag ins Gesicht der Studentin Tugçe Albayrak muss der Täter Sanel M. drei Jahre in Jugendhaft. Das Landgericht Darmstadt verurteilte den 18-Jährigen am Dienstag wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Der Täter habe den Tod der 22-Jährigen nicht beabsichtigt, sagte der Vorsitzende Richter Jens Aßling. Aber: „Wer so heftig zuschlägt, der nimmt die Körperverletzung in Kauf.“ Zudem beschleunigte der Richter dem jungen Mann „schädliche Neigungen“ und „erhebliche Erziehungsdefizite“ beim Umgang mit Gewalt. Die Verteidigung kündigte Revision an.

Sanels Schlag, mit dem er Tugçe Albayrak in den Morgenstunden des 15. Novembers auf dem Parkplatz eines Schnellrestaurants in Offenbach niederstreckte, wertete das Gericht nicht als Ohrfeige. Es sei ein „von unten nach oben ausholender Schlag in Richtung des Gesichts“ gewesen. Tugçe Albayrak prallte mit dem Kopf auf den Boden und erlitt dabei schwerste Hirnverletzungen, an deren Folgen sie elf Tage später im Krankenhaus starb. Sanel M. hatte seine Tat zu Prozessbeginn und nach den Plädoyers bedauert: „Es tut mir unendlich leid, was ich getan habe. Ich habe niemals mit ihrem Tod gerechnet.“ Das Gericht folgte in weiten Teilen der Staatsanwaltschaft, die auf drei Jahre und drei Monate Haft plädiert hatte. Lediglich die „Schwere der Schuld“ wollten die Richter nicht feststellen. Kommentar Seite 2/Thema Seite 3

KOPF DES TAGES

Andrea Röpke



Sie legt sich immer mit Leuten an, die keinen Spaß verstehen – und dabei gefährlich sind: Neonazis, Hooligans, Rocker... Ihr Bestreben, den vielfältigen Alltagsfaschismus in Deutschland journalistisch zu entlarven, hat sie dann pikanterweise auch in die Kartei des niedersächsischen Verfassungsschutzes gebracht – ein bitterer Treppwitz im Kampf gegen den Extremismus. Am Mittwoch wird Andrea Röpke wieder echte Anerkennung zuteil: Sie erhält vom Zentralrat der Juden den Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage.

WETTER

Tagsüber
21°

Nachts
13°

Niederschlag
40%

Zeitweise Regen
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN



ANZEIGE



Die Konflikte von gestern



André Fesser
über rot-grüne Gespräche

Die Opposition drückt aufs Tempo. Das alte, neue Bremer Regierungsbündnis aus SPD und Grünen hat sich noch nicht einmal durch die Koalitionsgespräche geschleppt, da kommt die CDU mit eigenen Ideen um die Ecke und erklärt die rot-grünen Ansätze der vergangenen Woche ganz generell für „dürftig und unkonkret“.

Ein frühes Foul, denn eigentlich laufen sich die künftigen Partner für den langen Weg durch die Legislaturperiode gerade erst warm. Vielleicht ist es aber auch ein Weckruf zur rechten Zeit, denn tatsächlich verlieren sich Rote und Grüne in ihren Gesprächen in einem zähen Klein-Klein, ohne zuvor erst einmal die großen Linien gezogen zu haben. Wo will die Koalition in den kommenden Jahren überhaupt hin? Noch wichtiger: Wo soll Bremen in vier, fünf oder zehn Jahren stehen?

Gewiss, ein Koalitionsvertrag will klug verhandelt sein. An einer Handvoll Polizisten hängt mitunter der innerparteiliche Frieden. Und die Osterholzer Feldmark ist für die Grünen eben mehr als nur eine Wiese. Wer dort Wohnungen bauen will, rüttelt an den Grundwerten dieser Partei.

Das mühsame Ringen um Kompromisse zeigt jedoch, dass sich seit der Wahl nicht viel geändert hat. Von Kraft und Energie hatte der angehende Bürgermeister Carsten Sieling gesprochen, von einer Neuerfindung. Von einem neuen Geist, einer neuen Idee für die Gestaltung dieses Bundeslandes und die Bewältigung seiner Probleme ist bislang aber nichts zu spüren. Vielmehr bleiben die Parteien in den Konflikten von gestern stecken. Wer einen Neuanfang will, sollte dies bis zum Ende der Gespräche dringend ändern. andre.fesser@weser-kurier.de